

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität



„Meine SPD“

—

***Freiheit, Gerechtigkeit,
Solidarität***

von

Andreas Bär & Carsten Sinß

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Abschnitt I: Motivation und Fazit zugleich

*„Und sieh Deine Ansichten, doch sieh, sie sind alt,
Erinnere Dich, wie gut sie einst waren,
Jetzt betrachte sie nicht mit Deinem Herzen, sondern kalt und sage, sie sind alt*

*Komm mit mir nach Georgia, dort wirst Du sehen, gibt es neue Ideen,
Und wenn die Ideen wieder alt aussehen, dann bleiben wir nicht mehr da.“*

- aus: „Georgia“ von Bertolt Brecht -

Rückbesinnung auf oder Weiterentwicklung der traditionellen sozialdemokratischen Werte? Was sind überhaupt (noch) sozialdemokratische Werte abseits von Sonntagsreden? Wo liegen die Herausforderungen einer SPD, die sich als linke Volkspartei versteht? Betrachtet man die Debatten über das Wesen und die Inhalte der Sozialdemokratie, dann sind diese oftmals von Konflikten, Widersprüchen und dogmatischen Reflexhandlungen geprägt. Ergebnis dieser umkämpften Schlachten um die Deutungshoheit sozialdemokratischen Wirkens ist ein beständiger Rückgang an Unterstützung durch die Wählerinnen und Wähler. Wir als Autoren dieses Beitrags zur Ausrichtung unserer Partei wollen einen Beitrag dazu leisten, den bestehenden programmatischen Dissens zu überwinden. Inspiriert von dem einleitenden Zitat wollen wir auf Basis einer Analyse zur Situation der SPD fragen, was unter sozialdemokratischen Werten in unserer Gegenwart zu verstehen ist und wie sich unsere Partei auf Basis dieser Überlegungen auf die Herausforderungen unserer Zeit einstellen kann.

Die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich zurzeit in einer Phase des Umbruchs. Die Ursachen für diese Transformation sind dabei vielfältiger Natur. Zu nennen sind beispielsweise die wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Folgen der sogenannten Globalisierung, die (Spät-)Folgen der deutschen Wiedervereinigung bzw. die politischen Auswirkungen des Zusammenbruchs des realexistierenden Sozialismus in Osteuropa sowie die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnenen Fragen zu Ökologie und Nachhaltigkeit. Aus parteipolitischer Perspektive führten diese Veränderungen, die ihrerseits Herausforderungen in fast allen Politikbereichen hervorbrachten und bis heute hervorbringen, zu Neuorientierungen und -verortungen der Parteien, ja brachten sogar neue Parteien hervor.

An diesem Punkt möchte das folgende Papier dazu beitragen, unser Selbstverständnis von der SPD kritisch zu hinterfragen und Ansätze zur Beantwortung neu entstandener Fragen zu liefern. Es ist offensichtlich, dass im Rahmen dieser Arbeit keine Grundlagenforschung über sozialdemokratische Programmatik geleistet werden kann. Vielmehr geht es darum, auf Basis der Eindrücke und Erfahrungen unserer Parteilinie bestehende Diskussionsstränge aufzugreifen und diese sinnvoll zu verknüpfen. Dieser Beitrag ist unser Versuch, den Leserinnen und Lesern aufzuzeigen, dass in Anbetracht neuer Problemlagen politische Veränderungen vorgenommen werden müssen, wenngleich es über die Art und den Umfang dieser Modifikationen sicher noch großen Diskussionsbedarf gibt und weiterhin geben wird. Ausdrücklich fühlen wir uns jedoch keinem blinden Pragmatismus verbunden, der jedwede Entwicklung aus einer reinen Sachzwangsperspektive betrachtet und politisches Handeln als Instrument einer schnellstmöglichen Anpassung an vermeintlich unabänderliche „Logiken“ versteht. Vielmehr glauben wir

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

weiterhin an die gestaltende Kraft politischer Entscheidungen! In diesem Stadium der Debatte zur Zukunft der SPD ist es uns jedoch wichtig zu zeigen, dass wir verstehen, in welchem Maße die Welt sich wandelt und wie Inhalt und Botschaft unserer Partei sich darauf einstellen müssen. Eine Schlüsselrolle in der Frage nach der Ausrichtung unserer Partei kommt ihrem Umgang mit der Partei „Die Linke“ zu, weshalb dieser Thematik in unserem Beitrag auch ein breiter Platz eingeräumt wird.

Zu einer Zeit, in der ein großer Teil unserer Partei Gefahr läuft, sich nur mit sich selbst zu beschäftigen, wollen wir zeigen, dass uns als Genossinnen und Genossen die alltäglichen Probleme der Menschen bekannt sind und am Herzen liegen müssen. Wir alle als politisch Aktive müssen diese Probleme klar beschreiben und sinnvolle Erklärungen bieten können. Es muss deutlich gemacht werden, dass es die SPD ist, die diese Probleme bekämpfen und lösen kann, weil sie mit ihre Wählerinnen und Wählern gemeinsame Werte und Vorstellungen hat, wie sich unser Land entwickeln könnte und sollte. Wir setzen uns daher in diesem Beitrag mit der Frage auseinander, inwieweit sozialdemokratische Politik noch Orientierung bieten und Vertrauen schaffen kann. Wir wollen klären, welche Rahmenbedingungen und Regeln dafür gelten müssen und mischen uns hiermit aktiv in die aktuelle politische Debatte innerhalb bzw. um die SPD herum ein. Dabei vertreten wir die These, dass ein glaubhaftes Eintreten für sozialdemokratische Grundwerte auf der Grundlage einer Analyse der sich verändernden Gegenwart uns und unserer Parte helfen kann, verlorenen Boden wieder gut zu machen.

Beim Verfassen dieses Papiers wurde uns deutlich, wie sehr die eigene Sichtweise oftmals durch externe Einflüsse beeinträchtigt wird, sei es die mediale Massenflut an Informationen oder aber auch – und dieser Punkt sollte zu denken geben – der eigene persönliche Umgang innerhalb verschiedenster Gremien und Personenkreise dieser Partei.

Abschnitt II: Unsere Partei und ihre Ausgangslage

Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) ist die älteste parlamentarisch vertretene Partei Deutschlands. Das derzeitige Parteiprogramm der SPD, das „Hamburger Programm“, wurde im Jahr 2007 verabschiedet.

Momentan ist die SPD mit der CDU/CSU in einer großen Koalition auf Bundesebene und in insgesamt acht Ländern an der Regierung beteiligt, in fünf davon stellt sie den Regierungschef.

Nachdem die SPD Mitte der 1970er Jahre einen Höchststand an Mitgliedern verzeichnete und über eine Millionen Genossinnen und Genossen in ihren Reihen zählen konnte, zeichnet sich seit dieser Zeit ein zunehmender Mitgliederschwund ab, dessen Prozess sich ab Mitte der 1990er Jahre noch beschleunigte. Zurzeit (Stand: 31. August 2008) hat die SPD 527.087 Mitglieder und damit erstmals in ihrer Geschichte weniger Parteimitglieder als ihr konservativer Widersacher. Eine Trendwende, weg von stetig registrierten Tiefstständen an Mitgliederzahlen, blieb bislang aus, wobei natürlich berücksichtigt werden

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

muss, dass Massenorganisationen generell – seien es Gewerkschaften, Kirchen oder eben Parteien – von diesem Problem betroffen sind.

Neben dem Mitgliederschwund hat die SPD aber auch ein handfestes strukturelles Problem: Weit über ein Drittel der Mitglieder ist bereits über 60 Jahre alt, aber nur zehn Prozent unter 35. Damit ist die junge Nachwuchsgeneration stark unterrepräsentiert. Diese zahlenmäßige Unterlegenheit geht jedoch oft einher mit einer starken Eingebundenheit in die parlamentarische und innerparteiliche Arbeit: Ein großer Anteil der jungen Aktiven übt ein öffentliches Mandat und oft gleich mehrere Parteiämter aus – für wichtige Aufgaben der Parteiarbeit wie Mitgliederakquirierung, Themendiskussionen und/oder Bürgerhilfe bleibt da durch kaum noch Zeit. Damit einher geht auch eine immer größere Schwierigkeit zur Vereinbarung politischen und gesellschaftlichen Engagements wie z.B. die Mitarbeit in Verbänden und Vereinen. Als Reaktion sind viele junge Genossinnen und Genossen oftmals relativ schnell überlastet. Eine Neuausrichtung und -strukturierung der Partei(-arbeit), insbesondere im Hinblick auf jungen Nachwuchs, ist daher notwendig, um auch noch in der Zukunft qualifiziertes politisches Personal stellen zu können.

Seit der rot-grünen Koalition haben sich auch die inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln innerhalb der SPD wieder verschärft. Konfliktpunkt ist dabei nicht zuletzt die innerparteilich umstrittene „Agenda 2010“. Neben diesen bis heute existierenden Konflikten beschleunigte die „Agenda 2010“ bzw. die damit verbundene Änderung weiter Teile der Programmatik der SPD die Bildung einer links von der Sozialdemokratie positionierten und wahrscheinlich dauerhaft existierenden politischen Kraft, namentlich die Partei „Die Linke“. In diesem Punkt hat sich das deutsche Parteiensystem an das vieler europäischer Länder angepasst.

Abschnitt III: Unser Grundverständnis

Unser Engagement für die Sozialdemokratie eint der politische Gestaltungswille, gesellschaftliche, ökonomische und politische Begebenheiten nicht einfach hinzunehmen, sondern verändern zu wollen. Wir sind Sozialdemokraten, weil wir wissen, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur leere Floskeln sind, sondern sich gegenseitig bedingen, um das Leben jedes einzelnen Menschen in unserer Gesellschaft zu verbessern. Auf der Basis unserer Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse wissen wir um die Notwendigkeit eines starken Staates und eines starken Gemeinwesens, aber auch um die schöpferische und Wohlstand generierende Kraft des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems. Ziel muss es daher sein, einerseits die wirtschaftliche Kraft des Kapitalismus zu nutzen und gleichzeitig dessen negative Auswirkungen durch politische Eingriffe zu begrenzen. Dazu gehören umverteilende Maßnahmen ebenso wie alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende staatliche Regelungen zum Schutze der Menschen.

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Weil wir uns bewusst sind, dass nur eine starke SPD dieses Ziel erreichen kann, eint uns zwangsläufig auch die Auffassung, dass die SPD wieder eine breite Unterstützung der Wählerschaft und damit die Fähigkeit erlangen muss, einen umfassenden Querschnitt unserer Gesellschaft mit ihrer Botschaft eines „Sozialen Deutschlands“ zu erreichen und letztlich zu vereinen. Diese solidarische Mehrheit ist nach unserem Verständnis nicht nur wichtig für Wahlerfolge, sondern eine generelle Voraussetzung für eine fortschrittliche politische Gestaltung unserer Zukunft.

"Der demokratische Sozialismus ist ein in sich nicht abgeschlossenes System von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sein formuliertes Programm wird immer nur die Summe gemeinsamer grundsätzlicher Überzeugungen in einer bestimmten Periode entsprechend dem jeweiligen Grad wissenschaftlicher Erkenntnis sein können. Aber diesen sich weiterentwickelnden grundsätzlichen Überzeugungen liegt eine gemeinsame Lebensanschauung zugrunde. Sie fußt auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit."

- Willy Brandt, Rede auf dem VI. Landesparteitag der Berliner SPD, 8. Mai 1949 -

Im Sinne Willy Brandts fühlen wir uns der Vision des „Demokratischen Sozialismus“ verbunden, der seit der russischen Oktoberrevolution von 1917 in Abgrenzung zu einer „Diktatur des Proletariats“ das geschichtliche Selbstbewusstsein der demokratischen Linken und somit auch der SPD begründet und dessen Idee zunächst in der Arbeiterbewegung und später auch im sozialen Bürgertum wurzelt. So wie der real existierende Sozialismus nicht in der Lage war, seinen Bürgerinnen und Bürgern Menschenrechte zu garantieren, sind rein marktwirtschaftlich verfasste Systeme nicht in der Lage, allen Bürgerinnen und Bürgern soziale Teilhabe zu ermöglichen. Die Geschichte hat bis in die Gegenwart gezeigt, dass dieser für uns Sozialdemokraten so wichtige Begriff die Grundvoraussetzung für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft darstellt, da er sowohl als Alternativmodell zum realen Sozialismus, als auch als Korrektiv zu unsozialen Erscheinungen des Kapitalismus dient und somit unseren Anspruch als regierungsfähige linke Volkspartei untermauert. So zeigte sich in der Historie, dass Umverteilung zu Gunsten materiell Unterprivilegierter bei gleichzeitiger Stärkung bürgerlicher und sozialer Rechte notwendig ist, um alle Bewohner eines Landes in die existierende Gesellschaft zu integrieren. Diese Vorstellungen verbinden wir mit der Etablierung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft jenseits demokratiefeindlicher Marktzwänge.

Nicht zuletzt, weil im heutigen Medienzeitalter die öffentliche Akzeptanz von Begriffen und der Art ihrer Verwendung abhängt, dürfen wir es auch nicht zulassen, die Deutungshoheit über derart relevante Begriffe und Fragestellungen der politischen Auseinandersetzung kampflos unseren politischen Gegnern zu überlassen und damit unsere Handlungsmöglichkeiten unnötig einzuschränken. Dies gilt sowohl für „klassische“ sozialdemokratische Begriffe und Analysewerkzeuge wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Sozialismus, Kapitalismus, etc., als auch für neue Schlagwörter des öffentlichen Diskurses wie Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Humankapital o.ä..

Unabhängig dieser mitunter abstrakten Begrifflichkeiten, die zwar unser geschichtliches Selbstbewusstsein untermauern und mit denen wir uns von den politischen Gegnern abgrenzen, bilden

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

vielmehr die daraus resultierenden politischen Leitlinien den Grundanker, an dem wir uns in unserem politischem Engagement orientieren.

Unsere SPD steht ein für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch unter gleichen Voraussetzungen seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und seine Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben verwirklichen kann. Nach unserem Grundverständnis ist dies der einzig *nachhaltige* Weg hin zu einer *gerechten, solidarischen* und wirklich *freien* Gesellschaft.

Gerechtigkeit ist für uns mehr als eine bedingungslose Gleichheit in der Verteilung von Macht und Ressourcen. Gerechtigkeit bedeutet für uns vor allem, allen Individuen neben einem wirksamen Schutz vor den Wechselfällen und Risiken des Lebens einen möglichst umfassenden Zugang zu echten Lebenschancen, beginnend mit der Bildung und Ausbildung, fortgeführt in einem fortdauernden Prozess des begleiteten, lebenslangen Lernens zu garantieren. Um dies zu bewerkstelligen, benötigt es neben gesetzlichen Regelungen natürlich umverteilender Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Soziales, aber eben auch den Willen zur Veränderung durch das Individuum. Chancengleichheit hat für uns deshalb Vorrang vor Ergebnis- bzw. Verteilungsgleichheit.

Freiheit kann nur dort existieren, wo jeder Mensch die gleichen Chancen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit erhält und nicht nur „frei“ seinem Schicksal überlassen wird. Während Marktliberale daher bloß für eine negative Freiheit, also einer „Freiheit von“ stehen, wissen wir um die Notwendigkeit einer positiven Definition von Freiheit, also einer „Freiheit zu“, die aber auch einen Schutz der Menschen vor illegitimen Zugriffen des Staates und Diskriminierungen umfasst. Indem eine „Freiheit zu“ stets auch umverteilende Maßnahmen zur Sicherung eben dieser benötigt, zeigt sich hier unmittelbar der untrennbare Zusammenhang zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Solidarität begreifen wir als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen. Im Gegensatz zu rechtsstaatlichen Garantien wie etwa den Grundgesetzen ist solidarisches Verhalten von Menschen innerhalb einer Gesellschaft nicht automatisch gegeben oder gar einklagbar. Solidarität benötigt zuallererst den Willen von Menschen, gemeinsam zu handeln und für die miteinander verbindenden Ziele gemeinsam zu kämpfen. Betrachtet man die sinkenden Mitgliedszahlen der großen Massenorganisationen in Deutschland, dann zeigt sich, dass gleiche Problemlagen alleine nicht mehr ausreichen, um solidarisches Handeln zu generieren. Dies ist bedauerlich, ist doch unserer Überzeugung nach Solidarität unabdingbar für eine aufgeklärte und harmonische Gesellschaft, in der jeder Mensch entsprechend seiner Würde geachtet wird. Solidarität bzw. solidarisches Handeln ist sozusagen gleichermaßen Bedingung wie Erscheinungsform einer Gesellschaft, in der die Leitvorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit mit Leben gefüllt werden.

Ergänzen, wenn auch nicht auf der selben Stufe gleichsetzen, möchten wir den traditionellen Dreiklang um den relativ jungen Begriff der *Nachhaltigkeit*, auch wenn dieser unserer Beobachtung nach nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch und gerade innerhalb unserer Partei umstritten ist bzw. vieldeutig

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

interpretiert wird. Wir fassen Nachhaltigkeit in einem weiten Sinne auf, der sämtliche Bereiche politischen und gesellschaftlichen Handelns, also mehr als nur die Berücksichtigung ökologischer Anforderungen im politischen Alltag, umfasst. Wir wollen eine Politik der neuen Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Prinzipien, zwischen Staat und Individuum und zwischen Eigeninitiative und sozialer Verantwortung.

Es zählt seit jeher zum Selbstverständnis eines jeden ordentlichen Sozialdemokraten, Menschen einen Anspruch auf ausreichend versorgende Leistungen zu bieten. Doch sollte Verteilungsgerechtigkeit immer „nur“ die materielle Seite einer erlebten Solidarität sein. Soziale Gerechtigkeit in unserem Sinne beruht hingegen gleichermaßen auf individueller wie materieller Rechtsstaatlichkeit, d.h. zwischen dem Individuum und seiner Gesellschaft bestehen Rechte wie Pflichten; Solidarität will die Ausgegrenzten und Zurückgelassenen wieder ins Boot zurückholen und ihnen Steuer, Segel und Ruder überlassen. Deshalb müssen wir nach einer gesellschaftlichen Ordnung suchen, in der Respekt, Achtung und ein persönlich erfüllendes Leben trotz vorhandener Ungleichheit von Einkommen, Macht, politischer Einstellung und Glaubenszugehörigkeit real erlebt und erreicht werden kann. Der Sozialstaat und das damit verbundene Konzept sozialer Gerechtigkeit bleibt somit weiterhin Kern unseres gesellschaftlichen und ordnungspolitischen Systems.

Während Andere noch unter dem Vorwand vermeintlich strategischer und ideologischer Debatten eine wie auch immer geartete Neuorientierung der Definition fordern, was Sozialdemokratie im Theoretischen wie auch im Praktischen überhaupt bedeuten soll, sind wir bereits heute felsenfest davon überzeugt, dass der Weg an unserem Verständnis von *Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit* – ergänzt um die Frage der *Nachhaltigkeit* – nicht vorbei gehen kann und wird. Dieses erweiterte Dreigestirn bildet den Grundpfeiler, auf denen Perspektiven wie der „Demokratische Sozialismus“ fußen und für die wir in der Gesellschaft fortwährend um eine „Solidarische Mehrheit“ streiten wollen. Nur orientiert an diesen Grundwerten und ihrer oben dargestellten Auslegung können wir unsere Ansprüche an eine Veränderung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Tatbestände artikulieren und verwirklichen. Innovationen dürfen wir uns dabei nicht verschließen oder sie gar bekämpfen, im Gegenteil: Wo erforderlich, müssen Entwicklungen von uns als Sozialdemokraten registriert und in unserem Sinne politisch gestaltet werden. Dazu brauchen wir neue, zeitgemäße Ideen und intelligente Lösungen, die es innerparteilich, quer zu den traditionellen Flügeln und Strömungen unserer Partei, und im Umfeld der Sozialdemokratie offen zu entwickeln und diskutieren, anschließend aber auch geschlossen nach außen zu vertreten gilt.

So unklar in diesem Kontext die Wege zum Ziel der dauerhaften Etablierung einer „Solidarischen Mehrheit“ unter Führung der SPD zunächst sind, so greifbar werden sie, wenn man den inhaltlichen Rahmen betrachtet, in dem sich Parteien positionieren müssen: Die SPD muss hier eine Gratwanderung begehen zwischen dem Anspruch, einerseits als Volkspartei - deren Position sie in manchen Regionen Deutschlands zu verlieren droht - breite Schichten von Wählerinnen und Wählern anzusprechen und andererseits gleichzeitig das inhaltliche Profil zu schärfen, um nicht zwischen den Parteien rechts und

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

links von der SPD aufgerieben zu werden. Erschwert wird dieser Spagat durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen: Die Pluralisierung der Lebensstile und die Individualisierung der Bildungs- und Erwerbsbiographien lässt nicht nur früher bestehende soziale Schichten und Milieus oder gar Klassen, sondern auch starre politische Kategorien wie „links“, „mitte“ und „rechts“ immer stärker als Anachronismen vergangener Zeiten erscheinen.

Abschnitt IV: links-mitte-rechts!?!?

Das Parteiensystem der Bundesrepublik, dessen Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert reichen, erwies sich in den Jahrzehnten nach der Gründung der Bundesrepublik als recht stabil. Konservative, liberale und sozialdemokratische Parteien konkurrierten um Wähler, Einfluss und politische Macht. Im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern konnte sich insbesondere auch keine einflussreiche und koalitionsfähige Partei links der SPD etablieren. Allein den Grünen gelang es ab Mitte der 1980'er Jahre, sich vor dem Hintergrund der Neuen Sozialen Bewegungen und eines sich vollziehenden gesellschaftlichen Wertewandels im bundesdeutschen Parteienwettbewerb zu behaupten. Im bestehenden Vier-Parteiensystem verliefen Koalitionsbildungen seitdem in der Regel im bis vor kurzem gewohnten Muster entlang der Blöcke Schwarz/Gelb und Rot/Grün – Koalitionen aus maximal zwei Parteien waren somit die Regel.

Diese lange Phase der Stabilität des deutschen Parteiensystems scheint nun mit der Gründung der Partei „Die Linke“, ein Zusammenschluss aus der Nachfolgepartei der SED, 1990 in PDS umbenannt, und der WASG, einer inoffiziellen SPD-Abspaltung aus größtenteils Ex-GenossInnen und (ehemaligen) Gewerkschaftsfunktionären, einer Phase der politischen Ausdifferenzierung zu weichen: „Die Linke“ ist im Osten der Bundesrepublik – an die Erfolge der früheren PDS anknüpfend – eine starke und einflussreiche (Volks-)Partei geworden, die teils sogar bessere Ergebnisse als die SPD einfährt, welche im Gegensatz zu CDU und FDP wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Ein-Parteien-System der ehemaligen DDR nach der Wende in den neuen Bundesländern nur schwer Fuß fassen konnte. Nach den Wahlen in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg ist „Die Linke“ in vier von elf Landtagen der alten Bundesländer vertreten; künftige Erfolge in westlichen Landtagswahlen, z.B. im Saarland, sind wahrscheinlich. Mit der wahrscheinlichen Etablierung der „Linke“ in den westdeutschen Landtagen ist der Übergang zum Fünfparteiensystem eine Tatsache geworden, mit der langfristig gerechnet werden muss – definitiv für die Bundestagswahl 2009 und auch darüber hinaus.

Klar ist, dass die Linkspartei insbesondere auf Bundesebene primär durch kaum zu finanzierbaren und in seinen Folgen unabsehbaren Populismus in Erscheinung tritt. Zumindest diesen Punkt hat sie mit den politischen Gegnern von rechts gemeinsam. Auch der scheinbar vorhandene „Hass“ vieler führender Repräsentanten der „Linken“ auf unsere SPD, allen voran repräsentiert durch den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Lafontaine, lässt in Anbetracht fehlender alternativer Regierungsoptionen an dem Regierungswillen der Linkspartei zweifeln. Daher ist es auch richtig, auf Bundesebene ein Bündnis mit

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

dieser jungen und sich noch im grundsätzlichen Selbstfindungsprozess befindenden Partei vorerst auszuschließen und vielmehr die eigenen sozialdemokratischen Inhalte in der öffentlichen Auseinandersetzung deutlich zu machen. Allerdings, und daher plädieren wir für eine konstruktive Auseinandersetzung mit der „Linken“, greift dieser Abgrenzungskurs sehr wahrscheinlich nicht für die Zeit nach 2009 – und auf Landes- und kommunaler Ebene erst Recht nicht. Zudem ist für die Zukunft eine „Realpolitisierung“ der Linken zu erwarten, wie diese in der Vergangenheit bereits dort festzustellen war, wo „Die Linke“ in das Regierungshandeln eingebunden war. Denn keine in weiten Teilen eines Landes etablierte Partei kann dauerhaft einen Kurs der Totalverweigerung verfolgen, ohne als Reaktion darauf mit einem Abstrafen durch ihre Wählerinnen und Wähler rechnen zu müssen.

In wie weit diese neue Partei einen dauerhaften Platz links der Sozialdemokratie wirklich einzunehmen und vor allem real auszufüllen vermag, ist noch offen und wird maßgeblich vom Handeln der hiesigen Sozialdemokratie selbst abhängen. Die Tatsache, dass „Die Linke“ ohne eigenes Programm und allein durch populistische Anti-Forderungen zahlreiche Wahlerfolge einfahren konnte, zeigt ihre Abhängigkeit vom Verhalten der anderen Parteien und dabei insbesondere der SPD. Auf ein „natürliches“ Scheitern des Projekts und den Zerfall der neuen Linkspartei zu hoffen oder allein auf ihre Domestizierung zu setzen, ist kurzfristig und würde nur vergangene Fehler wiederholen, die letztlich zur Entstehung und bisherigen Etablierung der „Linken“ geführt haben. Auch ein Einstimmen in die anti-kommunistischen Hetzparolen des konservativen Lagers, mit denen eine Gleichsetzung der Linkspartei mit Neo-Nazis und anderen rechtsextremistischen Verfassungsfeinden angestrebt wird, kann für uns Sozialdemokraten keine Lösung sein. Gleiches gilt für die teils hilflosen Bemühungen, durch ein Überbieten ihrer Forderungen „Die Linke“ inhaltlich überflüssig zu machen. Daher sind mit aller gebotenen Offenheit, Transparenz und Sorgfalt die Ursachen zur Gründung und den Erfolg einer Partei links der Sozialdemokratie zu erörtern und kritisch aufzuarbeiten. Dies muss auch eine kritische Aufarbeitung der programmatischen Veränderungen unserer Partei in den letzten zehn und insbesondere letzten fünf Jahren umfassen.

Hier, in der inhaltlichen Aufarbeitung der letzten Jahre samt einer damit verbundenen Neujustierung sozialdemokratischer Programmatik, steckt der Schlüssel, „Die Linke“ mittel- bis langfristig wieder zu marginalisieren und ihr den Nährboden für das Wählerpotential zu entziehen, welches sich noch vor nicht all zu langer Zeit zu großen Teilen der Sozialdemokratie verbunden fühlte und in ihr den natürlichen Vertreter ihrer Interessen sah. In diesem Sinne bekennen wir uns auch zu den guten Ansätzen des Hamburger Parteitages, die es in den nächsten Jahren weiter zu verfolgen gilt. Ebenso töricht wie ein einfaches „Weiter so“ wäre im Übrigen ein langfristiger Verzicht auf eine sozialdemokratisch geführte Regierung und Regierungspolitik aus rein dogmatischer Ablehnung der Linkspartei gegenüber.

Betrachtet man die bisher geführte Diskussion über „Die Linke“ in Partei und Öffentlichkeit, dann ist diese in weiten Teilen von Misstrauen, Unsicherheit und Widersprüchlichkeit geprägt, was wir als Ergebnis einer nur halbherzigen Auseinandersetzung mit dem Thema interpretieren. Wir wissen, dass

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

die Debatte über „Die Linke“ auf mehreren Ebenen geführt werden muss. Konkret heißt das zu fragen, in wie weit aus historischen, personellen und inhaltlichen Gründen eine Zusammenarbeit möglich erscheint und wie diese aussehen kann. So schleppt die SPD seit 1989/90 die Frage ungelöst mit sich herum, wie sie mit ihrem ungewollten Erbe aus der deutschen Einheit, nämlich den ehemaligen Kommunisten der SED (später PDS) umgehen soll. Die Unionsparteien und die Liberalen haben diese Frage für sich erst gar nicht öffentlich aufkommen lassen, sondern 1990 mit einem Federstrich die Blockparteien einfach übernommen.

Obwohl eine Partei links der Sozialdemokratie in vielen europäischen Ländern eine Normalität darstellt, bedeutet diese im Falle der SPD sowohl eine Auseinandersetzung über die eigene Identität und politische Zielgruppen wie auch eine perspektivische Betrachtung möglicher Koalitions- und damit Regierungsmöglichkeiten. Ein 5-Parteien-System lässt 3-Parteien-Koalitionen wahrscheinlicher und damit auch neue Bündnisse jenseits von rot-grün und schwarz-gelb möglich und notwendig werden. Die SPD muss daher möglichst schnell und eindeutig ihr zukünftiges Verhältnis zur Partei „Die Linke“ klären, will sie langfristig nicht an den Wahlverliererzusammenschluss „Große Koalition“ gebunden sein. Westausdehnung und genereller Zuwachs der „Linken“ schaden der SPD kurz- wie langfristig, solange sie wie CDU/CSU, FDP und Grüne nicht nur eine Konkurrenzpartei darstellt, sondern insbesondere als Fluchtort zahlreicher inhaltlich enttäuschter SPD-Mitglieder fungiert. Auch wenn es langfristig das Ziel der SPD sein muss, an die Linkspartei verloren gegangene Wählerstimmen zurückzuerobern, stellt sich zwangsläufig die Frage, welche Perspektiven „Links-Koalitionen“ oder „Mitte-Links-Koalitionen“ in Deutschland haben.

Zunächst ist dabei festzuhalten: Während in der alten Bundesrepublik das „bürgerliche Lager“ aus CDU/CSU und FDP immer eine strukturelle Mehrheit hatte, verfügt das „linke Lager“ aus SPD, Linkspartei und Grünen seit den Wahlen 1998 fortdauernd über eine solche strukturelle Mehrheit der Stimmen. Daraus ergibt sich auch eine Mehrheit für „linke“ Politik in Deutschland. Die SPD schließt zurzeit aber eine Koalition mit der Linkspartei definitiv aus. Für die Bundestagswahl 2009 ist wie bereits geschildert eine solche Koalition tatsächlich unwahrscheinlich – nicht nur aus inhaltlichen und historischen, sondern leider auch aus personellen Gründen. Natürlich wäre dies aber mittel- bis langfristig eine Alternative zur Großen Koalition oder zu Schwarz-Gelb, die den gesellschaftlichen Entwicklungen und neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Stichworte globale Marktliberalisierung, Umweltkrise und zunehmende soziale Exklusion – Einhalt gebieten könnte. Daher braucht unsere SPD dringend eine neue Machtperspektive! Und was heute noch unmöglich erscheint, muss künftig nicht so bleiben. Die Beispiele aus anderen Ländern belegen die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit solcher Koalitionen oder Kooperationen aus Parteien des linken Spektrums. Die Sozialdemokratie gewänne hierbei erweiterte Optionen, was ihre Position gegenüber dem bürgerlich-konservativen Lager stärken würde und sie hierzulande aus der neuen Situation letztlich politischen Nutzen ziehen könnte. So dürfte z.B. die Bereitschaft der FDP zu einer Ampelkoalition größer und die Durchsetzung sozialdemokratischer Inhalte in einem solchen Bündnis wahrscheinlicher sein, wenn

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

davon auszugehen wäre, dass SPD und Grüne im Falle einer Ablehnung durch die Liberalen durchaus auch ein rot-rot-grünes Bündnis anstreben könnten.

Eine wählbare linke Reformkoalition im Bund setzte jedoch zum einen voraus, dass die Linkspartei auch auf Bundesebene regierungs- und koalitionsfähig wird und zum anderen, dass die SPD sich auf die veränderte Situation einstellt und zugleich ihre Markenzeichen als Partei sozialer Gerechtigkeit neu justiert. Denn einzig hiervon und nicht von der Position einzelner Parteien im politischen Spektrum wird die gesellschaftliche Akzeptanz sozialdemokratisch geführter Regierungen, ggf. dann auch in Rot-Roten bzw. Rot-Rot-Grünen Koalitionen abhängen. Für den politischen Wettbewerb und für die demokratische Zukunftsgestaltung des Landes könnte das nur von Vorteil sein. Mit der Etablierung einer fünften Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland wird die Bundestagswahl nicht mehr als Lagerwahlkampf erfolgreich zu führen sein, sondern nur noch als eine Form des Ideenwettbewerbs. Im aktuellen Richtungsstreit in der SPD geht es daher schlicht um die Alternative: eigenständiger Machtanspruch oder Juniorpartner in der Großen Koalition, Sieg oder „Platz“ bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr, um mit dem designierten Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier zu sprechen.

Eine verantwortungsethische Zukunftsalternative für die SPD bedeutet daher nach unserem Dafürhalten, konkrete Koalitionsentscheidungen zukünftig erst nach einer Wahl, basierend auf den arithmetisch möglichen Koalitionen am Wahlabend einerseits, auf Grundlage inhaltlicher Schnittmengen und politischer Verlässlichkeit andererseits zu treffen. Dabei gilt für uns nicht zuletzt aufgrund der teils enttäuschenden Erfahrungen der letzten Jahre: Koalitionen sind keine Liebesheiraten, sondern stets nur Zweckbündnisse auf Zeit!

Unsere Sozialdemokratische Partei hat in ihrer nun 145-jährigen Geschichte stets bewiesen, sich mit Mut und Verantwortung den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen. Dabei war und ist es stets die Geschichte, die die Richtigkeit einer Entscheidung im Nachhinein beurteilen kann. Wir glauben, dass die SPD selbstbewusst genug ist, um sich auch in einem 5-Parteien-System behaupten zu können - der Resonanzboden dafür ist offensichtlich vorhanden. Mit den veränderten Grundstimmungen in Deutschland, d. h. einer stärkeren Präferenz von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, stehen unsere Chancen deshalb nicht so schlecht. Dabei lassen wir uns aber die Entscheidung, mit wem wir sprechen und politisch agieren wollen, weder von reaktionär-konservativen Presseorganen, noch von Repräsentanten des konservativen, nationalen und liberalen Lagers vorschreiben.

Abschnitt V: Unsere politische Herausforderung

So offensichtlich unsere derzeitigen Probleme sind, so sind sie doch bei genauerer Betrachtung weder unvermeidbar noch unumkehrbar. Wir sind überzeugt davon, dass die hinter sozialdemokratischen Werten stehenden Inhalte immer noch die besten Antworten auf die Herausforderungen unseres Landes und ihrer Menschen bieten. Es wird zweifelsfrei mehr als ein paar überstürzte Personal- und

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

vermeintliche Politikveränderungen brauchen, damit die SPD wieder das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewinnen und eine politische wie gesellschaftliche Führungsrolle übernehmen kann. Die meisten Menschen beschäftigen sich weiterhin mit politischen Fragen, aber alle politischen Parteien haben – abgesehen von Demagogen und Populisten - immer mehr Probleme, die Menschen davon zu überzeugen, dass „die Politik“ die notwendigen Antworten auf die aktuellen Probleme bietet. Unsere Gesellschaft ist individualisierter und zu einem gewissen Grad egoistischer geworden. Nicht nur die Interessen der Bevölkerung haben sich ausdifferenziert, auch die individuelle Beurteilung der Wirksamkeit von Politik beruht immer stärker auf den (finanziellen) Auswirkungen für sich selbst. Die Interessenkonflikte laufen dabei immer seltener entlang sozialer Gruppengrenzen, dafür immer häufiger zwischen den verschiedenen sozialen Rollen des Individuums. Daraus ist eine enorme Bandbreite an Erwartungen entstanden, die sich mit inhaltsleeren Slogans der „Neuen Mitte“ oder „mitte-links“ nicht mehr einfangen lassen.

Für ein starkes und breites Wählerbündnis benötigen wir eine allgemeine, kollektive Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Dabei besinnen wir uns wieder auf unsere ursozialdemokratische Überzeugung, dass fortschrittliche Politik sowohl dem Einzelnen als auch dem Gemeinwohl dienen kann.

Wir haben in diesem Beitrag versucht, einige der Fragen zu erörtern, die wir für den Erhalt unserer SPD als Volkspartei der Mitte und links der Mitte ansprechen müssen. Unser Papier ist mit Sicherheit nicht umfassend, aber wir sind überzeugt, dass wir in Grundzügen darlegen konnten, wie die SPD ihre Rolle und Ziele für die Zukunft beschreiben muss. Es liegt an uns und anderen Genossinnen und Genossen, die skizzierte Grundausrichtung immer wieder mit konkreten inhaltlichen Maßnahmen am Leben und auf der Höhe der Zeit zu halten. Nur daraus erwächst eine Überzeugung bei den Menschen unseres Landes, am Wahltag der SPD ihre Stimme und damit ihr Vertrauen zu schenken. Die SPD muss unserer Gesellschaft eine neue Orientierung bieten und sie auf eine sich verändernde Welt, neue Probleme und neue Politikformen einstellen. Unsere Vision einer SPD angesichts großer Kräfte, die ungezähmt zur Unsicherheit und Ungewissheit einer zunehmend gespaltenen, ungleichen und ungerechteren Gesellschaft beitragen, ist die Vision einer Partei, die die Menschen wieder vereint und mit ihnen für eine gerechtere Gesellschaft kämpft, in der jeder die gleichen Chancen haben soll, sich durch ehrliche Arbeit und Verantwortungsbewusstsein selbst zu belohnen. Sie gibt schlicht und einfach die Antworten auf die Fragen und Herausforderungen der im Umbruch befindlichen, dynamischen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Der Erfolg der SPD resultierte schon immer auch aus der Fähigkeit, die Lage der Menschen so zu beschreiben und zu erklären, dass die Werte, für die die SPD seit jeher stand und auch heute noch stehen muss, als die allgemeinen und tief empfundenen Werte der Gesellschaft angesehen wurden.

Es reicht deshalb nicht, als Funktionspartei des staatlichen Apparates, Regierungslogik rhetorisch und politisch zu repräsentieren. Die SPD muss wieder eine Partei werden, die aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger argumentiert, den kritischen Dialog mit ihren natürlichen Dialogpartnern wie

„Meine SPD“ - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Gewerkschaften, Bürger- und Friedensbewegungen, aber auch den einzelnen Menschen in unserer Gesellschaft führt und so die kommunikativen Kanäle in ihre Wählerschichten bedient. Unseren Mitgliedern muss zukünftig stärkere Beteiligung und Mitwirkung am Parteileben ermöglicht und auf der Gegenseite der „Genosse Multifunktionär“ entlastet werden. Die SPD muss angesichts der medialen Massenflut Initiator einer echten Gegenöffentlichkeit werden. Eine Ergänzung um lebendige, gut gemanagte Netzwerke, die nicht nur auf dem Blatt existieren, ist und bleibt richtig: Die SPD muss „2.0“ werden!

Die Menschen in unserem Land müssen die SPD als politische Kraft wahrnehmen, die sich ihrer Ängste und Nöte, aber auch ihrer Wünsche und Hoffnungen annimmt; die mit linker Politik „mitten im Leben“ steht und registriert was die Menschen bewegt, ohne ihnen dabei nach dem Mund zu reden. Nur so wird sich die SPD als dominierende Kraft an der Spitze einer öffentlichen Gegenbewegung wieder finden, die gestalterische Mehrheiten für Ihre politischen Vorstellungen erhält. Die SPD braucht wieder einen höheren Zweck. Sie muss die Kraft der sozialen Gestaltung werden und dies politisch, programmatisch und symbolisch verkörpern.

Kurzum: Die SPD muss sich zurück machen auf den Weg, linke Volkspartei zu sein!

Nidderau und Oestrich-Winkel, den 1. Oktober 2008

Die Autoren

Andreas Bär (* 1982), wohnhaft in Nidderau im Main-Kinzig-Kreis, ist Referendar an einem Gymnasium zur Vorbereitung auf das 2. Staatsexamen. Er war Vorsitzender der Jusos im Main-Kinzig-Kreis und ist zurzeit Kreistagsabgeordneter, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der SPD Main-Kinzig sowie Präsident des Bezirksarbeitsausschusses der südhessischen Jusos.

e-mail: andi-baer@web.de

Carsten Sinß (* 1984), wohnhaft in Oestrich-Winkel im Rheingau-Taunus-Kreis, studiert seit Beendigung seiner Ausbildung zum Industriekaufmann Betriebswirtschaftslehre in Mainz. Er ist Vorsitzender der Jusos und stellvertretender Vorsitzender der SPD im Rheingau-Taunus-Kreis, zudem ist er Stadtverordneter seiner Heimatgemeinde Oestrich-Winkel und Mitglied des Bezirksvorstands der südhessischen Jusos.

e-mail: c.sinss@spd-online.de